

## **Rede zum Haushalt 2011**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Merklinger,  
werte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

alle Jahre wieder: Haushaltsberatungen und Stellungnahmen und wie jedes Jahr bei den Haushaltsberatungen werden grundsätzliche Reden von den Fraktionen zu den eigenen politischen Schwerpunkten gehalten.

Die HH-Beratungen sind der Zeitpunkt, an welchem auf das vergangene Jahr zurückgeblickt wird und die eigenen politischen Ziele für die Zukunft dargestellt werden.

Immer dann sieht man sich auch die Reden und Aussagen der vergangenen Jahre wieder einmal durch. Bemerkenswert und lehrreich sind dann die Inhalte, die man wieder entdeckt, weil sie im Lauf der Zeit in den Hintergrund geraten sind oder durch andere notwendig oder für wichtig erachtete Maßnahmen zurück gestellt wurden.

So haben wir 2007 „ Mehr Nachhaltigkeit in der Stadtpolitik“ gefordert und haben vor den negativen Auswirkungen unserer Absenkung der Gewerbesteuer gewarnt, weil unter den damaligen Prognosen und unter den großen Investitionsvorhaben der Zukunft nach 2010 nur noch wenig Geld in der Rücklage hätte sein sollen.

Heute sind wir nach der Einschätzung meiner Fraktion von einer nachhaltigen Stadtpolitik immer noch weit entfernt, aber zumindest die Rücklage und unsere Einnahmen sind nicht versiegt. Im Gegenteil – die Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer hat dazu geführt, dass unser Sparstrumpf einen gewohnt bundesrepublikanischen Spitzenplatz einnimmt, weil sich weitere Firmen in Walldorf angesiedelt haben, die durch ihre Steuerzahlungen die Einnahmeausfälle kompensiert haben. Das führt natürlich wiederum dazu, dass wir bei den Umlagezahlungen ebenfalls führend sind – und führt weiter dazu, dass andere Kommunen, die bisher neidisch auf uns blickten, nun manchmal auch wütend auf uns schauen.

Solidarisch ist unser Verhalten, Senkung des Hebesatzes der Gewerbesteuer, die wir hier ja nicht ganz freiwillig vollzogen haben, sondern die durch den Druck des ortsansässigen Gewerbes zustande kam sicher nicht. Sie ist ein Resultat des schneller, höher, weiter, nur umgekehrt, niedriger, attraktiver, aber nichts wird langsamer. Die hohen Umlagezahlungen an Kreis, Land und Bund in Höhe von fast 82 Millionen Euro sind hierfür das für Walldorf schmerzhafteste, aber in der Gesamtbetrachtung notwendige Korrektiv.

Denn, auch das ist ja eine Walldorfer Einmaligkeit, während fast alle anderen Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis, in Baden-Württemberg, in ganz Deutschland Sparprogramme auflegen oder „Tafelsilber“ veräußern müssen, wird bei uns in Walldorf investiert, was der Geldbeutel zulässt.

Ich werde mich als letzter Redner zum Haushalt ganz bewusst auf wenige Zahlen des Haushaltes 2011 beschränken, weil ich davon ausgehe, dass meine Vorredner die meisten Wichtigen schon genannt haben, aber die fast 35 Millionen Euro für Baumaßnahmen und andere investiven Ausgaben müssen noch einmal besonders hervorgehoben werden, sie werden im Übrigen fast vollständig aus der

Rücklage entnommen, insoweit – wenn wir so weitermachen wird die Prognose aus 2007 sich irgendwann doch noch bestätigen!

2007 haben wir – zum wiederholten Mal – den Antrag gestellt, für Gebäude im städtischen Besitz die strukturellen Voraussetzungen für ein Energiemanagement zu schaffen, um nicht nur Geld zu sparen, sondern auch Energie, um zumindest im Ansatz unsere hohen Klimaschutzziele zu erreichen.

Unser damaliges Ziel war, uns jeweils vor der Erstellung des neuen Haushaltsplans einen **Zwischenbericht zum Stand des Energiemanagements und der –einsparung** vorlegen zu lassen. Des Weiteren sollte die Verwaltung prüfen, wie sich die Kontrolle von Verbrauchsdaten städtischer Gebäude, die Optimierung der vorhandenen Regelungstechnik sowie die Schulung des Bedienpersonals finanziell auswirken. Geschehen ist hier bis heute leider nichts, da der pensionierte Stadtbaumeister sich lieber um Baumaßnahmen gekümmert hat und auch der Rest der Verwaltung hier kein Betätigungsfeld gesehen hat, das Meriten versprach. Wir sind gespannt, ob der SPD-Antrag des letzten Jahres, der den gleichen Inhalt hat, wirksamer sein wird, vielleicht mit neuem Bürger- und neuem Stadtbaumeister.

Wir brauchen nachhaltige Investitionen, die uns beim Klimaschutz voranbringen. Wir brauchen diese Investitionen, um unseren Beitrag zu leisten für die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen Und es sind rentierliche Investitionen, die sich langfristig auch positiv auf das städtische Geldsäckel auswirken und die zum größten Teil dem örtlichen Gewerbe etwas bringen werden.

### **Bürgerentscheid zur Drehscheiben-Bebauung**

Das ist ein Thema, dazu müssen wir ein paar Worte verlieren, nicht nur über den Bürgerentscheid. Im April 2010 haben sich die Walldorfer Bürger beim Bürgerentscheid mehrheitlich für die Bebauung mit dem bekannten Gebäudekomplex entschieden. Ursprünglich ging es erst einmal nie darum, dort ein Ärztehaus zu bauen. Auf dem freien Platz an der Drehscheibe sollte ein Gebäude mit Tiefgarage errichtet werden. Dieses Gebäude sollte beinhalten, eine Ladenfläche für den Einzelhandel, ca. 1000 qm, altengerechte Wohnungen und Flächen für einige Arztpraxen, das war die ursprüngliche Absicht.

Unsere Ablehnung des Projektes basierte auf folgenden Begründungen:

- Für eine weitere Tiefgarage im Ort gib es keinen Bedarf
- Die Bebauung des letzten freien innerörtlichen Platzes war zeitlich nicht dringend notwendig
- Die Stadt ist kein Investor, der Markt muss das regeln.
- Negative Erfahrungen mit allen wirtschaftlich betriebenen Gebäuden der Stadt, da alle hoch subventioniert werden.

Wir erwähnen dass nur noch einmal um klar zu machen, worauf unsere Bedenken, die zur Unterschriftensammlung und zum Bürgerentscheid geführt haben, gerichtet waren. Die Bürger haben entschieden und von uns wurde diese Entscheidung auch akzeptiert. Wir gehen davon aus, dass die ärztliche Versorgung tatsächlich verbessert wird, aber ob die Bebauung eine wirtschaftliche sein wird, das muss die Zukunft zeigen. Enttäuschend finden wir

schon jetzt, dass eine Gruppe Sinsheimer Ärzte einen ganz wesentlichen Einfluss auf die Belegung genommen hat und nehmen konnte, denn eine Zweigstelle des dortigen Ärztehauses hätten sie eigentlich selbst bauen können. Aber sie wissen ja, die Hoffnung stirbt zuletzt und wir Grüne wissen wovon wir reden, denn grün ist sie auch noch, die Hoffnung.

## **Soziales und Migration**

Sozialpolitik wird auch vor Ort gemacht, aber die hauptsächlich agierenden in diesem Themenfeld sind übergeordnete Gremien, der Bund, das Land und der Kreis. Die Sparliste der schwarz-gelben Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2011 eröffnet dem Bund weitere Verschiebebahnhöfe zu Lasten der Städte und Gemeinden. Die geplanten sozialen Einschnitte sind nicht nur für die Betroffenen ein harter Schlag, sie werden die ohnehin stark gestiegenen Ausgaben für soziale Leistungen der Kommunen und Kreise weiter deutlich steigen lassen. Was nützt es uns, mehr Steuereinnahmen verbuchen zu können, aber andererseits auf der Ausgabenseite zusätzliche Lasten aufgebürdet zu bekommen, indirekt über die Kreisumlage die wir als Stadt nicht beeinflussen können, aber zahlen müssen wir.

Die Streichung des Rentenbeitrags für ALG II-Bezieher beispielsweise treibt die sozial Benachteiligten in die Grundsicherung im Alter und verlagert die finanzielle Verantwortung damit auf die Kommunen. Die Einsparungen bei der Arbeitsförderung lassen die sozial Benachteiligten länger im ALG II verharren, an dem die Kommunen mit den Wohn- und Heizkosten beteiligt sind. Die Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldbezieher, der von Bund und Ländern getragen wird, löst einen neuen Verschiebebahnhof ins ALG II aus, weil mehr Geringverdienerinnen und Geringverdiener aufstocken müssen – die Zusatzkosten der Kommunen werden auf einen dreistelligen Millionenbetrag geschätzt. Hinzu kommen noch einmal ca. 120 Millionen Euro durch die Streichung des Kinderwohngeldes im SGB II.

Unsere lokalen Wirtschaftsunternehmen, nicht nur die Großen, auch Kleine, pflegen vielfältige Kontakte mit der ganzen Welt, die Stadt Walldorf ebenfalls, worauf alle stolz sind. Und damit verbunden ist auch, dass Menschen aus aller Welt in unsere Stadt kommen – zu Besuch, zum Arbeiten und zum Lernen. Dass dafür ein kreatives und weltoffenes Klima Voraussetzung ist, versteht sich von selbst. Wer zu uns kommt, egal woher, egal aus welcher Kultur, egal mit welcher Ausbildung, hat eine freundliche, vorurteilsfreie Aufnahme verdient.

Nicht nur als Industrie – und Gewerbestandort, nein auch als Wohnort stehen wir in einem Wettbewerb um Einwohnerinnen und Einwohner, und langfristig gesehen geht es immer auch um eine Verbesserung der Sozialstruktur und somit letztendlich auch um Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Der demografische Wandel ist in Walldorf schon ein Thema, umso mehr muss der soziale Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft eine Rolle spielen, insbesondere auch die Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer und ihrer Kinder. Teilhabe am wirtschaftlichen und sozialen Leben in unserer Stadt für alle, auch für die Familien mit geringem Einkommen, das muss die Devise sein!

Wir Grüne wollen eine ökologische, lebendige und soziale Stadt!

Wir wollen eine Stadt, die ihren Verpflichtungen für die nachfolgenden Generationen nachkommt und den Menschen heute die dazu notwendige Infrastruktur gibt. Wir wollen eine Stadt mit kulturellen und sozialen Grundleistungen für alle Einkommensgruppen. Wir wollen eine Stadt mit funktionierender und zugänglicher technischer und funktionierender Daseinsvorsorge. Wir wollen eine Stadt, die zu ihrer Vergangenheit steht und Verantwortung für die Zukunft trägt. Eine Stadt, die auf die finanziellen, sozialen und ökologischen Ressourcen Rücksicht nimmt und nicht auf Kosten anderer lebt.

Wir brauchen und haben in unserer Stadt ausreichend Sport- und Schwimmstädten, Bildungseinrichtungen wie Schulen, wie die Bibliothek, Musikschule, Orchester und Kindergärten, die letzten bauen wir demnächst. Wir brauchen und für uns Grüne wird das immer deutlicher, präventive Jugendhilfeangebote als Vorsorge für die Zukunft, nicht in Konkurrenz zum Jugendkulturhaus, sondern als notwendige Ergänzung der bestehenden Angebote für Jugendliche. Wir brauchen eine Verkehrsinfrastruktur die Mobilität für alle Verkehrsteilnehmer beinhaltet: Fußgänger, Fahrradfahrer, Bus- und Zugfahrer und natürlich auch für Autofahrer. Wir brauchen eine kommunale Klimaschutzpolitik um verantwortlich mit den Ressourcen unserer Kinder und Enkel hier und überall in der Welt umzugehen.

## **Bürgerbeteiligung**

Und wir müssen bereit sein, dafür einen fairen Preis zu zahlen. Wir müssen manches davon kostenlos anbieten und für anderes Gebühren erheben. Wir brauchen keine Diskussionen, bei denen Parkraumgebühren als Ursache für den Tod der Innenstadt dargestellt werden. Wir brauchen eine solidarische Bürgergesellschaft, in der die Menschen, die für alle die zur Verfügung gestellten Güter auch gemeinsam nach ihrer Leistungsfähigkeit finanzieren.

Wir brauchen eine Stadt, die Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt und ihnen die Verantwortung für unsere Gesellschaft zumutet. Wir brauchen Bürgerinitiativen, die sich um Angebote für alle kümmern. Wir brauchen Vereine, die nicht nur Leistungen von der Stadt erwarten, sondern auch selbst ihren Teil dazu beitragen.

So wie schon JFK gesagt hat, frag nicht was dein Land für dich tun kann, frag was du für dein Land tun kannst. Das geschieht bereits vielfach, aber es gibt nichts, was nicht noch besser werden kann. Wir brauchen Bürgerinnen und Bürger, die ihr eigenes Umfeld mitgestalten. Und da wir Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Institutionen haben, die grundsätzlich bereit dazu sind, müssen wir sie als Kommune, als Gemeinderat, als Verwaltung einbeziehen und bei der Übernahme der Verantwortung unterstützen. Kurzum, wir brauchen eine Stadt, die die Bürgergesellschaft aktiviert, ernst nimmt und letztendlich mitentscheiden lässt.

In der Kommune zeigt sich auch die zentrale Schwachstelle eines Systems, in dem alle Gestaltungsmöglichkeiten an einer florierenden Wirtschaft hängen. Es ergibt sich die absurde Situation, dass die Kommunen froh sein müssen, wenn die deutsche Exportwirtschaft boomt – selbst dann, wenn es eine ökologisch unsinnige Produktion ist, Flächen großzügig verbraucht werden und die Umwelt belastet wird. Und es nützt sogar dann dem kommunalen Haushalt, wenn

Firmengewinne auch noch dadurch verbessert werden, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander klafft und ihre Gewerbesteuerzahler Arbeiter- und Arbeiterinnen in Leiharbeitsverhältnissen oder 400 Euro-Jobs beschäftigen.

Die Kommunen sind gezwungen, in einem unsinnigen Standortwettbewerb mitzuhalten, ihre kommunalen Konkurrenten auszustechen und in Krisenzeiten kommunales Eigentum anzutasten. Dazu kommt das neue Leitbild der Doppik:

### **Nachhaltige Wirtschaft**

Die Kommune wird zum Wirtschaftsunternehmen erklärt, das seine Ausgaben beschränken muss, wenn es seine Einnahmen nicht erhöhen kann. Doch wie soll eine Kommune wie ein Unternehmen arbeiten, wenn sie doch dazu da ist, all die wichtigen Aufgaben einer Daseinsvorsorge zu übernehmen und die Einrichtungen zu betreiben, um die sich die Privatwirtschaft nicht kümmern kann und will: Schulen, Bibliotheken, Kultur, Bäder und Busse? Und es ist tatsächlich auch durchaus sinnvoll, diese Aufgaben solidarisch, also öffentlich, zu bewältigen.

Das vorrangige Ziel kommunalpolitischen Handelns muss ein nachhaltiger Haushalt sein. Das ist nichts anderes als eine konservative Politik, in der eine nachhaltige Entwicklung unmöglich ist. Eine nachhaltige Entwicklung heißt nämlich auch, auf soziale und ökologische Notwendigkeiten zu achten, statt die Bedürfnisse des Haushaltsplans über alles zu stellen, dessen kurzfristige Nachhaltigkeit eine wirkliche und dauerhaft nachhaltige Entwicklung verhindert.

Für eine nachhaltige Entwicklung sorgen zum Beispiel Projekte, die Kindern und Jugendlichen zugute kommen. Deshalb begrüßen wir und haben bisher allen Investitionen, die für Schulen und Kindergärten, die im Haushalt zu finden sind Wir stimmen zu, die Ausgaben in dieser Hinsicht bis zum Äußersten auszuweiten. Wir sagen bewusst: Es ist angesichts unserer überragenden finanziellen Situation vernünftig, für soziale, ökologische und kulturelle Belange viel Geld zu verausgaben, doch der Blick auf die Folgekosten muss enorm verschärft werden. Die Behauptung, die Kommunen hätten ihre Krise selbst verschuldet und ein Angleichen der Ausgaben an die Einnahmen brächte alles wieder ins Lot, zeigt nur ein Unverständnis für das Funktionieren unseres wirtschaftlichen Systems.

Lassen Sie mich zum Schluss noch den indischen Schriftsteller Premtschand zitieren, der vor vielen Jahrzehnten geschrieben hatte: „Wo man nicht geachtet wird, soll man auch nicht einen Augenblick lang bleiben“. Aus diesem Satz spricht viel Lebensweisheit. Diesen Spruch sollte man sich immer vor Augen führen, wenn es darum geht, wie und mit welcher Konsequenz die Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen beteiligt werden. In Walldorf wissen wir es nicht nur seit den Ereignissen um Stuttgart 21 auf jeden Fall:

Die Mentalität „Wir Politiker wissen doch ohnehin besser, was für die Menschen gut ist“, diese Mentalität hat sich endgültig überholt. Hier in Walldorf haben die Bürgerentscheide zur Sport und Mehrzweckhalle und zur Drehscheiben-Bebauung deutlich gemacht, dass die Bürger bei wichtigen Fragen ihrer Kommune einbezogen werden wollen.

Sind wir froh, dass wir Bürgerinnen und Bürger haben, die sich einmischen, auch wenn es uns und ihnen, werte Kolleginnen und Kollegen, vielleicht nicht immer in den Kram passt!

Bürgermeisterin und Stadtrat setzen sich aus denjenigen Menschen zusammen, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurden. Wir sollten deshalb respektvoll miteinander umgehen, Nur Respekt voreinander schafft Vertrauen untereinander. Beides haben wir, gerade auch bei den überflüssigen Äußerungen kurz vor und nach dem entscheidenden Wahlgang zur BM-Wahl dringend nötig!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!